

## Strategie in der Pandemie – Auswirkungen auf Menschen und Gesellschaft

### Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages (229. Sitzung am 24. Februar 2021 per Videokonferenz)

1. Der Hauptausschuss betont, dass die Diskussion über Öffnungsschritte sorgfältig geführt werden muss. Die Infektionslage kann sich gerade mit Blick auf die Ausbreitung von Mutationen sehr schnell wieder zuspitzen. Zudem verläuft die Durchimpfung der Bevölkerung langsamer als geplant. Die Zahl der Neuinfektionen muss auf ein stabil niedriges Niveau heruntergedrückt werden, um einen exponentiellen Anstieg zu verhindern. Entscheidend ist, dass politische Entscheidungen nachvollziehbar sind und klar und verständlich kommuniziert werden. Nur dann gibt es Vertrauen und Akzeptanz.
2. Die Menschen sehnen sich nach Normalität. Es wird wichtiger, Strategien für Wege aus dem Lockdown zu erarbeiten. Die Menschen und die Städte wollen eine Perspektive, wie es in den kommenden Wochen weitergeht, dazu gehören auch sichere und verlässliche Öffnungsschritte. Raum für umfassende Öffnungen sieht der Hauptausschuss gegenwärtig jedoch noch nicht. Ein dritter Lockdown muss unbedingt verhindert werden. Der unterbrochene Abwärtstrend muss fortgeführt werden.
3. Die Städte betonen, dass jede Öffnungsstrategie zwingend mit einer weiterentwickelten Teststrategie zu verbinden ist. Nur mit ausreichenden Tests kann das Infektionsgeschehen besser eingeschätzt werden und somit als eine Grundlage von Öffnungen dienen. Dabei ist von Bund und Ländern konkreter vorzugeben, wie häufig und aus welchen Anlässen Sequenzierungen von Proben auf Mutationen vorzunehmen sind. Auch Schnelltests können mehr Sicherheit geben. Zudem können Selbsttests helfen. Der Hauptausschuss spricht sich dafür aus, die Zulassung von zuverlässigen Selbsttests weiter voranzutreiben. Der Hauptausschuss betont, dass Schnell- und Selbsttests umfassende Schutz- und Hygienemaßnahmen jedoch nicht ersetzen können.
4. Der Hauptausschuss hält die Öffnungen von Kitas und Schulen für richtig. Dabei muss ein Rahmen gewährleistet werden, der für Kinder, Eltern und das Personal in Kitas und Schulen möglichst viel Sicherheit und Schutz bietet. Öffnungen müssen daher von einer kontinuierlichen Teststrategie begleitet werden. Das Personal in Kitas und Schulen muss frühzeitig ein Impfangebot in der Impfpriorität der Gruppe 2 erhalten. Insgesamt müssen ausreichende Schutz- und Hygienevorkehrungen getroffen werden.
5. Stufenpläne, die abhängig von bestimmten Inzidenzwerten und weiteren Faktoren landes- oder bundesweite Lockerungsschritte bzw. verschärfende Maßnahmen vorgeben, müssen gut überlegt sein und gut kommuniziert werden. Die dadurch angestrebte bessere Planbarkeit für Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen und Gastronomen kann an Grenzen stoßen, sobald sich das

Infektionsgeschehen erneut sehr dynamisch entwickelt. Es braucht weiterhin Spielräume vor Ort, um angemessen flexibel reagieren zu können. Die Städte haben in den Monaten der Pandemie viel Erfahrung zur Wirkung und Wirksamkeit verschiedener Maßnahmen und Maßnahmenbündel gesammelt.

## **Testungen in Einrichtungen der Pflege und Behindertenhilfe**

### **Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages (229. Sitzung am 24. Februar 2021 per Videokonferenz)**

1. Die Städte sehen die immer noch hohe Zahl der Corona-Infektionen und der dadurch bedingten Todesfälle in Pflegeeinrichtungen mit Sorge. Es braucht besondere Maßnahmen zum Schutz der besonders gefährdeten Bewohnerinnen und Bewohner von Einrichtungen. Dazu gehören auch regelmäßige Testungen.
2. Der Hauptausschuss begrüßt daher die Überlegungen des Bundeskanzleramtes zur Unterstützung der Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe bei Testungen durch Bundeswehr und Freiwillige. Er geht davon aus, dass es Aufgabe der Einrichtungen ist, die Eignung und Qualifikation des eingesetzten Personals festzustellen.
3. Weiterhin erwartet der Hauptausschuss eine verbindliche Zusicherung der Bundesregierung zur Übernahme der in diesem Zusammenhang entstehenden Kosten für die Unterbringung und Verpflegung von Bundeswehrpersonal.

## **Umsetzung der Impfstrategie gegen Covid-19**

### **Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages (229. Sitzung am 24. Februar 2021 per Videokonferenz)**

1. Der Hauptausschuss dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Städte, der niedergelassenen Ärzteschaft, der kassenärztlichen Vereinigungen und allen weiteren Beteiligten, die durch ihren enormen Einsatz dazu beigetragen haben, dass alle kommunalen Impfzentren pünktlich einsatzbereit waren.
2. Bund und Länder müssen nun alle Möglichkeiten ausschöpfen, um eine ausreichende Versorgung mit Impfstoff für eine rasche Durchimpfung der Bevölkerung zeitnah sicherzustellen. Der Hauptausschuss erwartet, dass Bund und Länder die Städte fortlaufend über die Entwicklungen informieren.
3. Der Hauptausschuss betont die Notwendigkeit einer klaren Kommunikationsstrategie von Bund und Land, um die Bevölkerung und betroffene Institutionen auf mögliche, durch die anfängliche Knappheit des Impfstoffs resultierende Probleme bei der Impfung vorzubereiten. Die Menschen müssen durch gemeinsames und möglichst gleichgerichtetes Agieren aller Beteiligten auf Bundes- und Landesebene ausreichend auf Wartezeiten bei der Terminvergabe und gegebenenfalls kurzfristig erfolgende Änderungen vorbereitet sein. Eine klare Kommunikation ist auch bezüglich der vorgesehenen Differenzierung der Verwendung verschiedener Impfstofftypen für verschiedene Personengruppen wichtig.
4. Der Hauptausschuss hält eine feinere Differenzierung der Gruppen prioritär zu impfenden Personen für erforderlich. Bund und Länder müssen durch klare Regelungen alles dafür tun, dass die örtlichen Impfzentren nicht mit Beschwerden belastet werden und in der Folge grundsätzliche ethische Fragen auf kommunaler Ebene gelöst werden müssen. Der Hauptausschuss appelliert an die Beschäftigten im Gesundheitswesen, das Impfangebot anzunehmen.
5. Der Hauptausschuss erwartet von Bund und Ländern, dass sie die Kosten des erforderlichen Transports immobiler Personen zu Impfzentren übernehmen.

## **Corona-Warn-App**

### **Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages (229. Sitzung am 24. Februar 2021 per Videokonferenz)**

1. Die Corona-Warn-App ist ein wichtiger Baustein in der Pandemiebekämpfung. Ihre Akzeptanz beruht auf Transparenz und Freiwilligkeit. Deshalb ist eine breite und sorgfältige kommunikative Begleitung neuer Funktionen sowie Updates und Fehlerbehebungen durch den Bund grundlegend. Zudem müssen diese schneller umgesetzt werden als in der Vergangenheit.
2. Die Weitergabequote positiver Testergebnisse über die Corona-Warn-App muss erhöht werden. Der Hauptausschuss plädiert deshalb unter sorgfältiger Abwägung von Verbraucherschutzinteressen und Gesundheitsschutz für eine Widerspruchslösung bei der Weitergabe positiver Testergebnisse. Statt wie bislang aktiv zu teilen, müssten Nutzende der Weitergabe ihres positiven Ergebnisses aktiv widersprechen.
3. Der Hauptausschuss fordert, dass Bund und Länder größere Anstrengungen unternehmen, um unabhängig von der Corona-Warn-App weitere Daten zur Pandemiebekämpfung zu nutzen. Hierbei müssen Datenschutz und Gesundheitsschutz sorgfältig abgewogen werden.

## **Digitale Kontaktnachverfolgung über SORMAS**

### **Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages (229. Sitzung am 24. Februar 2021 per Videokonferenz)**

1. Der Hauptausschuss spricht sich für eine flächendeckende Einführung der Software SORMAS in den Gesundheitsämtern aus. Insbesondere die hierdurch mögliche Kontaktnachverfolgung von Covid-19-Fällen über die Grenzen der Gebietskörperschaften hinweg ermöglicht eine effektive Pandemiebekämpfung.
2. Die Gesundheitsämter stehen unter einer hohen Arbeitsbelastung. Der Hauptausschuss betont, dass ein vollständiger Wechsel auf das System SORMAS zeitnah nicht gelingen kann. Viele Städte nutzen bereits gut funktionierende digitale Lösungen zur Kontaktnachverfolgung von Infizierten. Sie müssen in die Lage versetzt werden, über offene Schnittstellen eine Verknüpfung zu SORMAS herzustellen.
3. Zur Einführung von SORMAS braucht es nicht nur die Bereitstellung der Software selbst. Der Hauptausschuss fordert, dass der Bund neben dem technischen Support im Projektmanagement für eine umfassende Unterstützung zur Anpassung der Prozesse in den Gesundheitsämtern sorgt.
4. Der Hauptausschuss betont, dass bei der stetigen Weiterentwicklung von SORMAS Kommunen eng einbezogen werden müssen. Nur so wird sichergestellt, dass neue Funktionen zu den Bedürfnissen vor Ort passen.

## **Forderungen und Erwartungen an die neue Bundesregierung**

### **Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages (229. Sitzung am 24. Februar 2021 per Videokonferenz)**

1. Der Hauptausschuss beschließt die zehn zentralen Forderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung. Er nimmt die ausführliche Darstellung der Erwartungen und Forderungen des Deutschen Städtetages an den neuen Bundestag und die neue Bundesregierung zur Kenntnis.
2. Die Positionen sollen in die Aushandlungsprozesse zu den Wahlprogrammen der Parteien und in die Koalitionsverhandlungen der bevorstehenden Legislaturperiode eingebracht werden.

## Diskussionspapier Zukunft der Innenstadt

### Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages (229. Sitzung am 24. Februar 2021 per Videokonferenz)

1. Der Hauptausschuss fordert, unverzüglich ein „Förderprogramm Innenstadt“ aufzusetzen, um die Städte bei der Bewältigung ihrer Herausforderungen in den Innenstädten und Stadtteilzentren zu unterstützen. Dieses sollte flexibel und einfach handhabbar sein und insbesondere die vorübergehende Anmietung und einen Zwischenerwerb von leerstehenden städtebaulich relevanten Schlüsselimmobilien durch die Städte unterstützen. Zudem sollten Konzepte und Entwicklungsplannungen zur Neuaufstellung von Handelslagen sowie Beratungs- und Planungsunterstützung für ein Zentren-/Citymanagement gefördert werden.
2. Der Hauptausschuss fordert die Weiterentwicklung des Bauplanungsrechts für eine Verbesserung der kommunalen Handlungsfähigkeit und Flexibilisierung mit Blick auf Nutzungsmischung und Nutzungsänderung. Hierfür ist eine Stärkung der Städte beim Ausüben des Vorkaufsrechts stets zum Verkehrswert und zur Vermeidung städtebaulicher Missstände erforderlich. Zudem werden Umwelt- und Bauministerkonferenz dringend gebeten, sich in Fragen des Emissions- und Lärmschutzes zügig auf eine Konkretisierung der bereits vorgeschlagenen Experimentier-klausel für die TA Lärm zu einigen.
3. Der Hauptausschuss fordert, den im Jahr 2020 vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) eingerichteten „Beirat Innenstadt“ auch in der neuen Legislaturperiode fortzuführen, um weiterhin Maßnahmen und Projekte mit den relevanten Akteuren voranzubringen.
4. Der Hauptausschuss fordert den Bund dringend auf, die Wirtschaftshilfen rasch und unbürokratisch auszuzahlen und auf die Erfordernisse der Branchen anzupassen, da immer mehr Innenstadt relevante Geschäfte akut von einer Insolvenz bedroht sind. Zudem müssen die Wirtschaftshilfen über das Ende der Pandemie hinaus für einen begrenzten Zeitraum für besonders von der Corona-Pandemie betroffene Branchen weiterhin zur Verfügung stehen. Denn Innenstadtakeure können sich überhaupt nur in den Prozess der Innenstadtgestaltung einbringen, wenn ihre Existenzen gesichert sind.



## **Zukunft der Städtepartnerschaften nach dem Brexit**

### **Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages (229. Sitzung am 24. Februar 2021 per Videokonferenz)**

1. Die deutschen Städte erklären vor dem Hintergrund des Brexit ausdrücklich ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit Städten in Großbritannien zu intensivieren und ihre Expertise in die Ausgestaltung der zukünftigen Beziehungen einzubringen. Städtische Diplomatie im Rahmen der langjährigen Beziehungen in den Städtepartnerschaften bietet dazu eine ausgezeichnete Plattform. Der Hauptausschuss begrüßt die Überlegung, mit der Bundesregierung das Gespräch zur Stärkung der Zusammenarbeit und des Austausches zu suchen.
2. Der Hauptausschuss weist auf die Folgen des Brexits für die Städtepartnerschaften und für die kommunale Zusammenarbeit hin. Insbesondere der Wegfall von Fördermöglichkeiten stellt eine enorme Herausforderung dar. Er appelliert an die Bundesregierung, negative Auswirkungen auf die kommunale Zusammenarbeit abzufedern. Er regt an, einen Fonds zur Unterstützung deutsch-britischer Partnerschaften analog zum Deutsch-Französischen Bürgerfonds aufzulegen.